

Pressesprecherin: Linda Schädler
Telefon: 0621 181-1434
schaedler@uni-mannheim.de
www.uni-mannheim.de

Mannheim, 14. Januar 2022

Presseinformation

GBP-Monitor: Fast zwei Drittel der Unternehmen plant Preiserhöhungen – und 3G am Arbeitsplatz ist sehr umstritten

Mit der sich nähernden Omikron-Welle wachsen die Sorgen der Unternehmen wieder: Ihre Gewinne brechen ein, in den Krisenbranchen befürchtet jedes vierte Unternehmen, aufgeben zu müssen. 65 Prozent der befragten Unternehmen versuchen, ihre Verluste durch höhere Preise auszugleichen, und sorgen damit für noch höhere Inflation. Das belegt der Januar-Bericht des German Business Panel (GBP). Dieser zeigt auch, dass die Meinungen der Unternehmen über die 3G-Regel am Arbeitsplatz deutschlandweit beträchtlich auseinandergehen.

Noch im Oktober 2021 schien der langanhaltende Rückgang der Unternehmensgewinne während der Pandemie zunächst beendet. Nur zwei Monate später schwächte sich die Wachstumodynamik deutlich ab: Angesichts der vierten Coronawelle, anhaltender Lieferengpässe und der politischen Forderungen nach weiteren Lockdowns rutschten die Unternehmensgewinne deutlich ab und erreichten im Dezember 2021 sogar einen niedrigeren Stand als im ersten Jahr der Pandemie (-3,42 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat).

Die erhobenen Daten belegen, dass für viele Unternehmen die Lage existenzbedrohend ist. Die erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit – also das Risiko einer möglichen Geschäftsaufgabe – wuchs zum dritten Mal in Folge. „Besonders kritisch ist die Lage in den schon 2020 stark gebeutelten Krisenbranchen wie Gastronomie, Tourismus oder Unterhaltung. Diese leiden unter dem sanften Lockdown mit Maßnahmen wie 2G-Plus noch mehr als im Vorjahr“, berichtet Prof. Dr. Jannis Bischof, Inhaber des Lehrstuhls für ABWL und Unternehmensrechnung an der Universität Mannheim und wissenschaftlicher Projektleiter des GBP. In diesen Branchen stieg die Ausfallwahrscheinlichkeit auf 22,5 Prozent (plus 2,0 Punkte). Die Entwicklung ist jedoch nicht einheitlich und in anderen Branchen bleibt die Stimmung optimistisch. Das Baugewerbe oder das verarbeitende Gewerbe blieben zum Beispiel von solchen Bedrohungen weitgehend unberührt.

Die Unternehmenslenker gaben an, die rückläufige Entwicklung teilweise durch Preiserhöhungen wettmachen zu wollen: Fast zwei Drittel von ihnen (64,9 Prozent) plant, im neuen Jahr von Kunden und Lieferanten höhere Preise zu verlangen. „Insbesondere im Einzelhandel und in der Industrie wollen Unternehmen ihre Preise heben und damit gestiegene Kosten in der Beschaffung ausgleichen. Energieträger wie Öl, aber auch

beispielsweise Holz verteuerten sich in den letzten Monaten massiv. Diese Inflation reichen die Unternehmen nun weiter“, berichtet Dr. Davud Rostam-Afschar, der akademische Leiter des GBP.

Zufriedenheit mit der 3G-Regel am Arbeitsplatz

Thema der aktuellen Umfrage war auch die neue 3G-Regel am Arbeitsplatz und die daraus resultierenden finanziellen Belastungen. Hier sind die Meinungen sehr gespalten: Während mehr als 40 Prozent der befragten Unternehmen die neue Vorschrift für sehr positiv halten, lehnt ein beträchtlicher Anteil (15 Prozent) die 3G-Regel vollständig ab. Dazu gehören vor allem kleine und durch die notwendigen Kontrollen auch finanziell belastete Unternehmen.

Auffällig ist der überdurchschnittlich hohe Anteil an Unternehmen des Baugewerbes und des Handels, welche die 3G-Regel als sehr negativ betrachten. Hotels, Restaurants und Eventfirmen zeigen sich dagegen überdurchschnittlich zufrieden damit. Diese Regel scheint für sie eine akzeptable Lösung zur Vermeidung eines erneuten Lockdowns zu sein.

Bemerkenswert scheint zudem, dass die Vorschrift vor allem in den Bundesländern schlecht ankommt, die im Dezember die höchsten Inzidenzen aufwiesen – also im Osten Deutschlands, wo die Ablehnung bei bis zu 51 Prozent liegt, wie in Thüringen. „Gerade dort, wo die 3G-Regel Mitarbeitende und Betriebe im besonderen Maße schützen soll, kommt sie auffallend schlecht an. Es entsteht die Wahrnehmung, als wälze die Politik die Verantwortung für die Impfung auf die Unternehmen ab. Dadurch kommt es zu einem Akzeptanzproblem“, konstatiert Bischof.

Den „GBP-Monitor: Unternehmenstrends im Januar 2022“ finden Sie hier:

https://www.accounting-for-transparency.de/wp-content/uploads/2022/01/gbp_monitor_2022_01_web.pdf

Weitere Informationen zum GBP-Monitor

Das German Business Panel befragt monatlich mehr als 800 Unternehmen zur Unternehmenslage in Deutschland und erhebt dabei Daten zu 1) erwarteten Umsatz-, Gewinn- und Investitionsänderungen, 2) unternehmerischen Entscheidungen, 3) der erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche und 4) der Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik. Zudem wird jeden Monat zu besonders aktuellen Fragen berichtet. In diesem Monat haben wir gefragt wie Unternehmen die 3G-Regel bewerten und inwiefern sie durch die Verpflichtung finanziell belastet werden.

Hintergrundinformationen zum German Business Panel

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“ (www.accounting-for-transparency.de).

Der Sonderforschungsbereich (SFB) „TRR 266 Accounting for Transparency“ startete im Juli 2019 und wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für zunächst vier Jahre gefördert. Er ist der erste SFB mit betriebswirtschaftlichem Schwerpunkt. Am SFB sind rund 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von neun Universitäten beteiligt: Universität Paderborn (Sprecherhochschule), Humboldt-Universität zu Berlin und Universität Mannheim, zudem Forscherinnen und Forscher von der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der ESMT Berlin, Frankfurt School of Finance & Management, Goethe-

Universität Frankfurt am Main, WHU - Otto Beisheim School of Management, und Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Die Forscherinnen und Forscher untersuchen, wie Rechnungswesen und Besteuerung die Transparenz von Unternehmen beeinflussen und wie sich Regulierungen und Unternehmenstransparenz auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Das Fördervolumen des SFBs beträgt rund 12 Millionen Euro.

Kontakt:

Prof. Dr. Jannis Bischof
Lehrstuhl für ABWL und Unternehmensrechnung
Universität Mannheim
Tel: +49 621 181-1630
E-Mail: jbischof@uni-mannheim.de

Yvonne Kaul
Forschungskommunikation
Universität Mannheim
Tel: +49 621 181-1266
E-Mail: kaul@uni-mannheim.de